Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

114. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 9.50. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50 (ausschließlich Postbestellgebühr). Auslandversand: monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.
Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

Anzeigenpreis: für Stadt-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, a. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreis für die Gesamtauflage das Tausend Mk. 12.— netto, für Teilauflage das Tausend Mk. 15.— netto, für Postauflage Postgebühr extra.
Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 7260.
Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.
Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 396 — Donnerstag, den 26. August — 1920

Deutsche Protestnote über den Poleneinfall

Im Widerspruch zum Versailler Vertrag

Stockung der Kohlenförderung. — Die unbeachteten Warnungen. Deutsche Rechte und deutsche Forderungen.

Berlin, 25. August. (Drahtbericht.) Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris hat heute dem Präsidenten der Friedenskonferenz im Anschluß an die Note vom 21. August folgende weitere Note überreicht:

Die Lage im oberschlesischen Abstimmungsgebiet hat sich seit dem 21. August in bedrohlicher Weise verschlimmert. Von 17 Kreisen, die unter interalliierter Verwaltung stehen, sind 7, darunter der gesamte Industriebezirk, von bewaffneten Aufrührern heimgesucht, die an vielen Stellen die tatsächliche Gewalt an sich gerissen haben. Durch die Unruhen ist in der Kohlenförderung, auf die Deutschland zur Erfüllung der in Spa übernommenen Verpflichtungen anerkanntermaßen angewiesen ist, eine bedenkliche Stockung eingetreten. Damit wächst die Gefahr eines Stillstandes der Industrie und vermehrter Arbeitslosigkeit. Gewalttaten gegen die deutsche Bevölkerung sind an der Tagesordnung. Es wird gemeldet, daß alliierte Truppen sich mit den Insurgenten verbündet haben. Die Sicherheitspolizei, die im Dienste der interalliierten Kommission Blut und Leben gegen besser bewaffnete Aufrührer einsetzen mußte, ist trotz ihrer Hilferufe stellenweise ohne Unterstützung gelassen worden. Die Interalliierte Kommission hat bei Uebernahme der Verwaltung in Oberschlesien bekanntgegeben, daß sie alle Unruhestifter, wer es auch sein möge, rücksichtslos und ohne Gnade verfolgen werde. Alle diejenigen, die den Frieden und die allgemeine Ordnung stören, revolutionäre Komplotte versuchen, offen oder heimlich zum Widerstande gegen die Verwaltung aufhetzen, sollten aufs strengste bestraft werden. Der Zustand, in dem sich heute das Land befindet, steht mit dieser Kundgebung in Widerspruch. Er widerspricht aber auch dem Vertrag von Versailles, nach dessen Bestimmungen die Interalliierte Kommission die Pflicht hat, das Land zu schützen, die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Bewohner vor Schaden an Leib und Eigentum zu bewahren. Wiederholt hat die deutsche Regierung die Aufmerksamkeit der Interalliierten Kommission und der verbündeten Hauptmächte auf die Bewaffnung der polnischen Vereine gelenkt. Sie hat durch authentische Dokumente den Nachweis erbracht, daß von polnischer Seite, offenbar um die Abstimmung zu vereiteln, eine gewaltsame Erhebung vorbereitet wurde. Sie bedauert, feststellen zu müssen, daß ihre Warnungen unbeachtet blieben und so die augenblicklichen Zustände ermöglicht wurden. Die Erregung der Bevölkerung, die sich dem Terror einer bewaffneten Minderheit preisgegeben sieht, wächst und kann zu Folgen von unabsehbarer Tragweite führen. Die Möglichkeiten zur Einwirkung sind für die deutsche Regierung gering, da ihr der unmittelbare Verkehr mit dem Abstimmungsgebiet versagt ist. Von den ihr gebliebenen beschränkten Möglichkeiten macht sie Gebrauch, um eindringlich zur Ruhe und Besonnenheit zu mahnen. Ihre Mahnungen werden auf die Dauer aber nur dann Erfolg haben, wenn in der Bevölkerung das Vertrauen auf Recht und Gerechtigkeit wiederhergestellt wird. Dazu ist erforderlich, daß die einheimischen Insurgenten vollständig entwaffnet und die über die Grenze eingedrungenen Unruhestifter des Landes verwiesen werden, die Sicherheitspolizei wieder in ihre Rechte eingesetzt und die Verwaltung der insurgierten Kreise und Orte an gesetzmäßige Behörden zurückgegeben wird. Straffes Zugreifen ist notwendig, auch kommt es darauf an, daß die Anordnungen der obersten Stellen von allen Organen gewissenhaft befolgt werden. Wirksame Maßnahmen gegen eine Wiederholung der sich jetzt abspielenden Ereignisse sind unerläßlich. Die alliierten Mächte werden dem deutschen Volk nicht zumuten wollen, schweigend mit anzusehen, wie Deutsche in Oberschlesien vergewaltigt werden. Das Recht der deutschen Regierung ist es, sich zum Sprecher des verletzten Volksempfindens zu machen und darauf zu bestehen, daß das eng mit dem übrigen Reich verwachsene Land im Einklang mit den bestehenden Verträgen behandelt und verwaltet wird."

* * *

Breslau, 25. August. (Drahtbericht.) Im Oberpräsidium wurde heute in Gegenwart des preußischen Ministers Severing, des Staatssekretärs im Reichsministerium des Innern Lewald und eines Vertreters des Auswärtigen Amtes die Lage in Oberschlesien eingehend besprochen. Gehört wurden insbesondere die verschiedenen Vertreter der freien und christlichen Gewerkschaften aus Oberschlesien. Minister Severing legte in Uebereinstimmung mit den Vertretern der Reichsregierung, der anwesenden schlesischen Behörden und des Vertreters des deutschen Bevollmächtigten in Oppeln dar, daß vor irgendeiner gewaltsamen Aktion der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien nicht dringend genug zu warnen sei. Dem hier und dort auftretenden Verlangen der oberschlesischen Bevölkerung nach Bewaffnung könne von seiten der Regierung unter keinen Umständen entsprochen werden. Die Regierung würde sich auch weiterhin an den Friedensvertrag von Versailles halten und mit größtem Nachdruck die Wiederherstellung der gesetzlichen Zustände in Oberschlesien durch die Entente fordern. Der Minister sagte ferner zu, daß der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien und zumal den Angehörigen der erwordeten Beamten der Sicherheitspolizei, sowie den Flüchtlingen für den ihnen durch den polnischen Aufstand erwachsenen Schaden die weitestgehende Hilfe seitens der Regierung zuteil werden würde. Es wurde in der Besprechung Uebereinstimmung dahin erzielt, daß die durch die Polen bedrohte Freiheit der Abstimmung in Oberschlesien mit allen Mitteln des Rechts wiederhergestellt werden müsse.

Die Polenherrschaft in Oberschlesien

Bessere Bewaffnung der Sicherheitswehr. — Fiasko des polnischen Streiks.

Oppeln, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Gestern vormittag begannen die Verhandlungen zwischen der interalliierten Kommission und den Vertretern der Gewerkschaften und Parteien. Von ihnen wurde der Kommission der ganze Ernst der Lage ungeschminkt dargestellt, der dadurch entstanden ist, daß polnische Banden sich in Oberschlesien nicht an die Anordnungen der interalliierten Kommission kehren, sondern nach wie vor brandschatzend die deutschen Bewohner in der gefährlichsten Weise drangsalieren und sich tatsächlich als Herren in Oberschlesien aufspielen. Besonders in den Kreisen Rybnik und Pleß haben sie eine wahre Schreckensherrschaft aufgerichtet. Von zuständiger Stelle wird über das Ergebnis der Verhandlungen mitgeteilt, daß die Sicherheitswehr in den Kreisen Oppeln, Rothenburg und Kreuzburg eine bessere Bewaffnung mit Karabinern und eventl. auch mit Maschinengewehren erhalten soll. Da die Polen übrigens eingesehen haben, daß der von ihnen angekündigte Streik nur von ihnen zum Teil durchgeführt wird, anderseits die interalliierte Kommission den Polen nahegelegt hat, den Streik schleunigst abzubrechen, sollen, wie wir von interalliierter Seite hören, die Polen beschlossen haben, den Streik Donnerstag früh abzubrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Ueber die Bedingungen, die sie dafür gestellt haben, verlautet von interalliierter Seite noch nichts. Immerhin kann, auch wenn die Entente in einem oder anderem Falle den Polen nachgeben sollte, was allerdings noch vor einigen Tagen, kurz vor der Bekanntgabe der Forderungen von interalliierter Seite als völlig ausgeschlossen bezeichnet wurde, der polnische Generalstreik als zusammengebrochen und als Fehlschlag angesehen werden. Aus Ratibor wird der Anmarsch von 1000 Mann bewaffneten Polen gemeldet. Da aber die Einwohner der Stadt zum größten Teil Deutsche sind und auch der andere Teil der Bevölkerung den Polen nicht freundlich gesinnt ist, rechnet man nicht mit einer Gefährdung der Stadt, zumal die dortigen Besatzungstruppen Italiener sind. Die Bahnhöfe auf der Linie Kattowitz—Myslowitz sind von französischen Truppen besetzt. Von der interalliierten Kommission gegengezeichnete Bekanntmachungen der Eisenbahnverwaltung bedrohen alle die mit schweren Strafen, die die Eisenbahn zu gefährden suchen. Nach Nachrichten aus den Grenzorten herrscht dort im allgemeinen Ruhe; Rybnik wurde von polnischen Banden besetzt. Immer wieder werden Einzelfälle von Grausamkeiten der Freischärler gegen die deutsche Bevölkerung gemeldet.

Myslowitz, 25. August. (Drahtbericht.) Außer Antonienhütte ist auch „Morgenrot" von den Polen besetzt worden. Wie in Kosel verlautet, wollen die Polen auch diese Stadt besetzen. Es sind weiter polnische Pläne bekannt geworden, daß in der Stadt für heute eine Invasion geplant sei.

Bildung der Abstimmungspolizei in Oberschlesien

Oppeln, 25. August. (Drahtbericht.) Die neue Abstimmungspolizei wird in den nächsten Tagen zusammengestellt werden. Sie wird gebildet aus den bisherigen Angehörigen der Sicherheitspolizei, soweit sie in Oberschlesien geboren sind, und aus Personen der oberschlesischen Bevölkerung. Der Teil der bisherigen Sicherheitspolizei, der sich aus den nicht übernommenen Beamten, also aus den nicht gebürtigen Oberschlesiern, zusammensetzt, soll in den nächsten Tagen abtransportiert werden.

Kattowitz, 25. August. (Drahtbericht.) Gestern tagte hier zum ersten Male das Interalliierte Kriegsgericht. Es werden nur leichte Fälle verhandelt. Wegen Beleidigung französischer Offiziere erhielt ein Angeklagter zwei Wochen, ein zweiter wegen Uebertretung des Befehls zum Weitergehen fünf Tage Gefängnis.

Bevorstehende Einschränkung des österreichischen Personenverkehrs

Eine Folge der oberschlesischen Unruhen.

Wien, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Wie amtlich mitgeteilt wird, wird infolge der ungeklärten Verhältnisse im oberschlesischen Kohlenrevier der befürchtete Ausfall an Steinkohle eintreten, die zur Unterhaltung der Schnell- und Personenzüge notwendig ist. Dadurch wird die Einstellung des Personenverkehrs notwendig. Die Bevölkerung wird deshalb im eigensten Interesse aufgefordert, baldigst die Rückreise anzutreten.

Die Verhandlungen Dr. Hermes' in London

London, 25. August. (Drahtbericht.) Der deutsche Ernährungsminister Dr. Hermes beriet heute in Gegenwart der deutschen Sachverständigen mit dem englischen Ernährungsminister über die Lage Deutschlands in bezug auf die Ernährung, wie sie sich aus dem Spa-Abkommen ergibt. Der deutsche Vertreter in London Sthamer führte die deutsche Delegation ein. Außerdem nahmen an den Beratungen noch französische, italienische und belgische Mitglieder vom ständigen Komitee des Obersten Wirtschaftsrates teil. Alle Anwesenden hielten es für unbedingt notwendig, daß Deutschland von den Zufuhren für den europäischen Bedarf etwas erhält, besonders während des kommenden Winters. Verschiedene Verpflichtungen Großbritanniens, die sich aus dem Spa-Abkommen ergeben, wurden beraten. Einige spezielle Fragen werden morgen einem Sonderkomitee von Sachverständigen übergeben werden.

Berlin, 25. August. (Drahtbericht.) Nach der Rückkehr des Reichsernährungsministers Dr. Hermes aus London ist eine Sitzung sämtlicher Ernährungsminister in Berlin in Aussicht genommen. Bei dieser Zusammenkunft sollen Maßnahmen für den Uebergang zur freien Bewirtschaftung von Fleisch und Kartoffeln, die Versorgung mit Brotgetreide und dessen Zusammenstellung, die Regelung des Vertriebs von Bier und der zukünftigen Zuckerbewirtschaftung zur Verhandlung kommen. Außerdem stehen noch Maßnahmen zur Verhütung von Preistreibereien anläßlich der Lockerung der Zwangswirtschaft, die Ausgestaltung der Preisprüfungsstellen sowie das Eintreten der Landwirtschaft für Einhaltung des Interimspreises auf den freigewordenen Gebieten auf der Tagesordnung.

— **Bedrohliche Lage in Georgien.** Die Georginische Delegation in London hat ein amtliches Telegramm erhalten, nach dem an der Grenze Georgiens große Streitkräfte zusammengezogen werden. Die Lage erscheint bedrohlich.

Ein neuer Wendepunkt

G. M. Luzern hat sicherlich der politischen Welt eine große Ueberraschung gebracht; ja, man kann sagen, es bedeutet eine Wendung, deren letzte Auswirkungen noch gar nicht abzusehen sind. Man muß zugeben, daß die Befürworter einer vernünftigen Entwicklung im Völkerverkehr gewisse Erwartungen an die Zusammenkunft des englischen und italienischen Ministerpräsidenten geknüpft hatten. Denn ihr voran ging doch die herausfordernde Sonderpolitik Frankreichs, die vor allem in der Anerkennung Wrangels augenfällig wurde, und die entschlossene eindeutige Stellungnahme der englischen und italienischen Arbeiterschaft gegen ein sowjetfeindliches Abenteuer. Man konnte demzufolge annehmen, daß Lloyd George und Giolitti in der Luzerner Aussprache eine einheitliche Linie gemeinsamen Handelns zu finden suchten, um mit ihr die überschraubte Pariser Machtpolitik einzugrenzen. Und die große Politik war denn auch schließlich das Thema dieser beiden Staatsmänner, wie die am Schluß herausgegebene Kundgebung zeigt, und nicht englisch-italienische Sonderinteressen am Mittelmeer oder in Kleinasien. Wir wollen in dem Zusammenhange ganz außer Betracht lassen, daß Herr Simons sich in einem merkwürdigen Zufall ebenfalls Luzern zum Aufenthalt erkoren hatte, und daß daran allerlei Vermutungen geknüpft wurden, die zunächst von dem amtlichen Berlin aus völlig unwidersprochen blieben. Es ist natürlich von hier aus schwer zu sagen, ob in Berlin tatsächlich die Absicht vorlag, den englischen oder italienischen Ministerpräsidenten zu sprechen, ohne daß der französische „Gegner um jeden Preis" dabei wäre. Nachträglich wird dies bestritten; im Gegenteil betont Herr Simons einem neutralen Ausfrager gegenüber den Willen der deutschen Regierung, niemals eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Alliierten zur Ausschaltung Frankreichs auszunützen. Wie dem auch sei: über Luzern strahlte vor Tagen das lichte Rot neuer Hoffnungen, die indessen jäh vernichtet wurden.

Die staatsmännische Kundgebung von Luzern bedeutet nichts mehr und nichts weniger als einen völligen Umfall Lloyd Georges. Er, der noch vor kurzem den Polen riet, die Minsker Bedingungen Rußlands anzunehmen, und allen Ernstes mit dem Gedanken einer Anerkennung Sowjetrußlands umging, nimmt jetzt in schroffer Eindeutigkeit für Polen und gegen Moskau Partei. Damit ist die Meinungsverschiedenheit zwischen den führenden Weststaaten aufgegeben, und London begibt sich vorbehaltlos auf die von ihm bisher noch bekämpfte Linie der französischen Politik, die auf die Zertrümmerung des russischen Bolschewistenstaates, zum mindesten aber auf die Erhaltung des polnischen Zwing-Uris ausgeht. Die Gründe für den plötzlichen Umschwung in der englischen Politik liegen bis aufs letzte nicht ohne weiteres klar zutage. Der Luzerner Berichterstatter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" spricht wohl davon, daß Millerand am letzten Sonntag seine wichtigste Trumpfkarte ausgespielt und damit das Spiel gewonnen habe, worin aber die Beweisführung oder gegebenenfalls die Druckmittel der Pariser Staatskunst bestanden haben sollten, ist nicht ersichtlich. Möglicherweise haben Sachverständigenurteile der französischen Militärs in Verbindung mit den darangeknüpften politischen Auswertungen durch das Pariser Kabinett Eindruck auf Lloyd George gemacht. Jedenfalls ist der Umschwung in der Kriegslage zugunsten der Polen das Hauptmoment für den englischen Kurswechsel gewesen. Die Stärke der englischen Politik bestand von jeher darin, ihre Haltung so einzurichten, daß bei dem Eintritt unerwarteter Ereignisse eine Schwenkung leicht vollzogen werden konnte; mit anderen Worten: sie hat eine eindeutige Festlegung, die keinen Schritt rückwärts oder zur Seite erlaubt hätte, immer vermieden. So verhielt sich die Downing-Street auch Sowjetrußland gegenüber. Die freundlichen Erwägungen über eine Annäherung an Moskau waren stets so gehalten, daß zu jeder Zeit ein Stellungswechsel möglich würde. Gerade die jetzige Schwenkung beweist auch, daß die Londoner Freundlichkeit nicht auf den Druck der Arbeiterschaft zurückzuführen war, sondern auf ganz andere, im Grunde genommen imperialistische Erwägungen. Vornehmlich das von Moskau geplante Zusammenwirken mit dem Islam in Persien, in Anatolien (Enver Pascha) und vielleicht sogar in Zentralasien bereitete den englischen Staatsmännern große Beschwerden, und nicht umsonst hatten sie als Hauptbedingung für die englisch-russische Annäherung die Forderung aufgestellt, daß keiner der Vertragschließenden direkt oder „indirekt" eine feindselige Handlung gegen den anderen unternehmen dürfte. Nun hat sich aber durch die russische Niederlage in Polen und durch die Erfolge Wrangels die Lage von Grund auf verändert. Es ist immerhin fraglich, ob die russische Räteherrschaft die große empfindliche Niederlage überwinden oder ob nicht mit dieser die politische Gegnerschaft im Innern neu erstarken wird. Die Antwort darauf wird auch zum Teil von der weiteren Politik Polens abhängen. Wird die Warschauer Regierung, nachdem sie den Bestand ihres Reiches aufs glänzendste verteidigt hat, nun bald auf den Frieden zukommen, oder wird sie tatsächlich die maßlosen Ansprüche auf alle die Gebiete, wo Polen und Katholiken in größerer Zahl wohnen, zu verwirklichen streben? Fast muß man annehmen, daß der übertreizte polnische Nationalismus, der sich in Oberschlesien über jedes Rechtsempfinden hinwegsetzt, weder die litauische Unabhängigkeit anerkennen und sein Verlangen nach Wilna aufgeben, noch von seinen Absichten auf die Ukraine ablassen wird. Die Luzerner Staatsmänner haben schon recht, daß ohne den Frieden im Osten kein allgemeiner Friede möglich sein wird. Jener hängt aber nicht nur von der Existenz oder Zertrümmerung Sowjetrußlands ab, sondern in noch weit höherem Maße von der Vernunft- oder Machtpolitik, die von Warschau aus getrieben werden mag. Diese Veränderung der Lage scheint nun Lloyd George doch noch die Hoffnung gegeben zu haben, daß durch eine militärische Kraftanstrengung der Entente der gefährliche Brand-